

Das Leben in Containern nimmt weltweit zu

Die Folgen der neoliberalen Politik auf dem Wohnungsmarkt

von Brigitte Pick

Zu jedem Jahresbeginn legt der Paritätische Gesamtverband den aktuellen Bericht zur regionalen Armutsentwicklung vor. „Während in neun Bundesländern die Armutsquoten 2014 gesunken seien, belegt der Bericht einen Anstieg der Armut in den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. Hauptrisikogruppen seien Alleinerziehende und Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner, deren Armutsquote rasant gestiegen sei und erstmals über dem Durchschnitt liege. Die Herausgeber sehen daher auch keinerlei Anlass zur Entwarnung und fordern von der Bundesregierung einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um dringend notwendige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg zu bringen. Das gute Wirtschaftsjahr 2014 habe zu keinem nennenswerten Rückgang der Armutsquote in Deutschland geführt. Die Armut verharre mit 15,4 Prozent auf hohem Niveau, so der Bericht. „Das Ruhrgebiet bleibe mit Blick auf Bevölkerungsdichte und Trend die armutspolitische Problemregion Nummer Eins in Deutschland.“¹

Beinahe Mantra artig wird die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich und die Vermögensverteilung beschrieben und beklagt, wie die neuesten Zahlen der Bundesbank belegen oder auch der aktuelle „Disparitätenbericht“ der SPD nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen rund 60 Prozent des Nettovermögens. Dabei sind die Superreichen noch außen vor.²

Die insgesamt gute wirtschaftliche Lage Deutschlands beseitige keinesfalls die Einkommensarmut, die für Alleinstehende bei 917 Euro liegt, bei einer vierköpfigen Familie bei 1873 Euro. In Berlin stieg die Quote der Armen von 2006 von 17% auf 21,4% im Jahr 2013. Jedes dritte Kind in Berlin lebt von Hartz IV und lernt Arbeit nicht als etwas Selbstverständliches kennen. Bislang sind 15% der Armen alt, ein Problem, was sich in Zukunft zuspitzen wird. Die Quote der altersarmen Rentnerinnen und Rentner sei seit 2005 um 46 Prozent und damit so stark angewachsen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe, so der Bericht 2016. „Was wir heute erleben sind die Vorboten einer Lawine der Altersarmut, die in den nächsten zehn Jahren auf uns zurollen wird, wenn wir nicht politisch gegensteuern,“ so der Hauptge-

Die gute wirtschaftliche Lage Deutschlands beseitigt keinesfalls die Einkommensarmut

¹ <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/pressekonferenz-2302/> vom 23.2.2016

² Zerrissenes Land von Alfons Freese und Rolf Obertreis im Tagesspiegel vom 22.3.2016

schäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Dr. Ulrich Schneider.³ Die Politik schaut zu.

2014 arbeiteten 11 Millionen Frauen Teilzeit, das sind doppelt so viele wie vor 20 Jahren laut Mitteilung des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg vom 19.2.2015. Knapp eine Million Haushalte können ihre Miete nicht aus eigener Kraft tragen und benötigen Wohngeld. Der Staat will die Zuschüsse 2016 von durchschnittlich 112 auf 186 Euro erhöhen und kompensieren, was politisch am Wohnungsmarkt ver­ säumt wird. Steuermittel finanzieren den privaten Wohnungsmarkt mit seiner Gier nach Profiten. Ende Januar 2016 las ich, dass man im angesagten Bergmannkiez in Berlin-Kreuzberg eine 9,7 m² große Wohnung mit Ausblick auf Mülltonnen für sagenhafte 99.000 Euro verkaufen will. Vorher stand sie mit 45.000 Euro unsaniert und ohne Bad und Heizung zum Verkauf, wurde früher von Hausbewohnern als Abstellkammer benutzt. Das sind Verhältnisse wie in New York, London, Paris oder Tokio. Die Mietpreisbremse funktioniert nicht ansatzweise, besonders auf dem Gebiet der Eigentumswohnungen.⁴



©Foto: habitable-containers by TBIT, pixabay.com, CC0

Die Unterwerfung allen Daseins unter die Verwertungslogik des Kapitals erscheint als ein Naturgesetz. Prekäres Dasein wird normalisiert. Man muss nicht erst unter Brücken schlafen oder Pfandflaschen sammeln, um bei uns als arm zu gelten. Wenn die Menschen wegen ihres geringen Einkommens an den ganz normalen Lebensweisen in dieser Gesellschaft nicht mehr mithalten und teilhaben können, sind sie arm.

**Man muss nicht erst unter
Brücken schlafen oder Pfand-
flaschen sammeln, um bei
uns als arm zu gelten**

Schon lange vor der Flüchtlingskrise, die die Menschen in Massen zu uns treibt, war der Konkurrenzkampf der sozialen Problemgruppen um den knappen, günstigen Wohnungsmarkt virulent und fokussiert sich nun. Seit den 1980er Jahren hat sich die Wohnungspolitik in eine Wohnungsmarktpolitik umgewandelt, in eine Gesellschaft, wo alles zur Ware wird. Die neoliberale Politik hält den sozialen Wohnungsmarkt, in der der Staat lediglich eine Interventionsmasse behält, mit der er Notlagen steuern kann und billigen Wohnraum zur Verfügung stellen kann für Menschen mit einem begrenzten Einkommen.

³ Armutsregion Nummer eins: Ruhrgebiet von Cordula Eubel im Tagesspiegel vom 24.2.2016

⁴ Ralf Schönball: Mieten trotz Bremse auf Rekord-Hoch im Tagesspiegel vom 28.1.2016

Die neue, nicht abreißende Welle der verzweifelten Flüchtlinge hat ihre Ursache in der Mangelversorgung der Flüchtlingslager im Nahen Osten durch die UN, denen das Geld fehlt. Auch sind die Ersparnisse der Flüchtlinge nun aufgebraucht und der Überlebenswille treibt sie nach Europa.⁵ Ihre wachsende Zahl wirkt wie ein Katalysator für die brennenden Fragen, die der fortschreitende Prozess der Neoliberalisierung und der Entfesselung der Märkte – siehe auch TTIP- seit nunmehr 30 Jahren hervorbringt. Dazu gehören u.a. die Wohnungspolitik und die Bildung.

Nach Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe- offizielle Zahlen gibt es nicht- ist die Zahl der Wohnungslosen in der Zeit von 2012 bis 2014 um 18 Prozent auf 335.000 Menschen gestiegen. Die AG rechnet bis 2018 mit 540.000 Obdachlosen, einem Anstieg von 60 Prozent, wenn sich die wohnungs- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht ändern.⁶ Auf einer Bahnfahrt von Berlin nach Hannover sah ich kürzlich im Innerstadtbereich von Berlin Charlottenburg dicht an den Gleisen selbstgebaute Nissenhütten zahlreicher Obdachloser, wie in den Slums der 3. Welt; sie wachsen, ich erschrak.

In Berlin gibt es ab dem 1. Januar 2015 für Sozialhilfeempfänger, deren Bestattung das Amt bezahlt, keine Namenstafel mehr und keinen Trauerraum für die Abschiednehmenden. Manches Mal werden 20 Urnen gemeinsam in das anonyme Grab gelassen.

Durch das weltweit größte geplante Freihandelsabkommen TTIP, das seit Mitte 2013 weitgehend geheim durch die EU-Kommission, gestützt durch die Lissabon Verträge, die das Mandat zur Handelspolitik der EU überträgt, ausgehandelt wird, droht auch auf dem Wohnungsmarkt Übel. Im Rahmen eines sogenannten Investorenschutzgesetzes sollen internationale Konzerne ein Sonderklagerecht gegen Staaten bekommen, um ihr scheinbar naturgemäßes Recht auf Gewinn geltend zu machen, wenn diese durch nationale Gesetze wie Umweltstandards, Verbraucherschutz, Datenschutz, Mietpreisregulierungen etc. eingeschränkt werden. Der Staat würde also in seinem Recht, soziale Gesetze zu erlassen, stark eingeschränkt werden.

Durch das weltweit größte geplante Freihandelsabkommen TTIP droht auch auf dem Wohnungsmarkt Übel

In der EU gilt das Vorsorgeprinzip, in den USA die Beweislastumkehr, die Schädlichkeit eines Produktes muss nachgewiesen werden, um Schadenersatz zu erhalten. Internationale Konzerne sollen künftig vor politischen Änderungen und Gesetzen Einfluss nehmen können, in dem ein „nordatlantischer Regulierungsrat“ gebildet wird. Eine Stillstandsklausel besagt, dass nach einer Einigung auf einen Status der Liberalisierung-spricht Privatisierung- dieser nie wieder zurückgedreht werden darf. Die Ratchetklausel verhindert künftig, dass ein privatisiertes öffentliches Unternehmen nicht wieder in die öffentliche Hand überführt

⁵ http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_75983774/warum-fluechtlinge-gerade-jetzt-nach-europa-stroemen.html vom 4.11.2015

⁶ Zahl der Wohnungslosen steigt um 18 % auf 335.000-KNA Meldung im Tagesspiegel vom 6.10.2015

werden darf, ein Schlag gegen die Rekommunalisierung. Das ist Hardcore-Neoliberalismus. Würden die Abkommen TTIP und CETA mit Kanada schon in Kraft sein, könnten US amerikanische Finanzinvestoren, die große Anteile am hiesigen Wohnungsmarkt aufgekauft haben, beispielsweise gegen die Mietpreisbremse auf Schadensersatz klagen. Ausländische Großinvestoren hätten den gleichen Zugang zu Subventionen, z.B. beim öffentlich geförderten Wohnungsbau. Es droht der Ausverkauf von Demokratie, Bürgerrechten und kommunaler Gestaltungsmacht. Strittig ist bis heute, ob alle nationalen Parlamente in der EU die Abkommen abstimmen müssen. Die EU habe die Hoheit über die Handelspolitik.⁷

Es war Margaret Thatcher, die am 3. Oktober 1980 das »Housing Act« zur Privatisierung kommunalen und sozialen Wohnungsbesitzes durch das Parlament brachte. Innerhalb eines Jahrzehnts stieg der Anteil der Haus- und Wohnungseigentümer von 55% auf 67%, eine der Maßnahmen, mit denen der Thatcherismus seine Klassenbasis erweiterte – und zugleich das spekulative Geschäft mit Immobilien angefeuert wurde.

So ist die britische Metropole London als besonders obdachlosenfeindlich bekannt. Um Obdachlose zu vergrämen bestückt sie Hauseingänge und Ladenzeilen mit Metallspitzen im Boden, auf denen man nicht lagern kann, und versieht Bänke mit Trennwänden, um auf ihnen nicht liegen zu können. Nun kommt der 26 jährige Architekt James Furzer, daher mit einem Crowdfunding Projekt, das größere Schuhschachteln aus Sperrholz mit einem Stahlrahmen bauen möchte, um Obdachlosen und auch Flüchtlingen Übernachtungsmöglichkeiten zu bieten. Die Schachteln sollen in Überkopfhöhe an Hausfassaden montiert werden und sind durch eine einziehbare Leiter zugänglich. Man kann mit zwei Personen in der mit lediglich einer Matratze und Ablagemöglichkeiten ausgestatteten Box nächtigen. Es gibt natürlich weder Strom noch Wasser. Wo man seine Notdurft verrichtet, hat der zynische Erfinder ausgespart. In London schlafen derzeit 7.600 Menschen auf der Straße, das sind 16 Prozent mehr als im Vorjahr.⁸

Weltweit sind in den größten Metropolen bezahlbare Wohnungen kaum mehr zu haben. In Tokio werden deshalb die Wohnungen immer kleiner und enger. Architekten bemühen sich in den Wohnungs-

schachteln von oft unter 25 qm um jeden Quadratzentimeter Effizienz: Wände bestehen aus Schiebetüren, Stauraum entsteht unter Treppen und in Wänden. Ein Stuhl ist gleichzeitig Tisch, der Schreibtisch gleichzeitig Treppe zum Hochbett, ein Bett ist gleichzeitig Sofa und ein Küchencounter Teil des Badezimmers. Individuelle Einrichtung gibt es nicht mehr. Dieses Konzept wird gerade in das boomende südafrikanische Johannesburg exportiert.⁹

Weltweit sind in den größten Metropolen bezahlbare Wohnungen kaum mehr zu haben

⁷ Siehe auch : Stoppt TTIP, stoppt CETA von Gaby Gottwald im MieterEcho 373 vom März 2015

⁸ Schlafboxen in der „Stadt der Stacheln“ von Robert Klages im Tagesspiegel vom 11.9. 2015

⁹ Maß und Meter von Felix Lill, Tokio im Tagesspiegel vom 22.2.2015

In Honkong ist ähnliches in noch schärferer Form zu beobachten. Zellenartige Behausungen von 5,6 Quadratmetern für 450 Euro Monatsmiete entstehen für Tausende von Menschen, parzellierte Wohnungen durch dünne Wände getrennt mit Doppelstockbetten, kleine Küchenzeile für das Notwendigste zum Überleben, nicht zum Leben.¹⁰

In Japan entstanden 1979 auch die ersten Kapselhotels, die auch Sarghotels genannt werden und vorwiegend in Rotlichtvierteln stehen. „In Kapselhotels bestehen die „Zimmer“ in der Regel aus kleinen Plastikkabinen mit etwa 2 m² Bodenfläche und 1,20 m Höhe. In den Kapseln befinden sich eine Matratze sowie ein Fernseher und ein Radio. Teilweise sind sie auch klimatisiert. Die Kapseln haben keine richtige Tür, lediglich ein Vorhang trennt sie von den Gemeinschaftsräumen. Für Toiletten, Waschbecken und Ähnliches gibt es Gemeinschaftseinrichtungen.“ (Wikipedia) Längst sind sie beliebte Ziele für Wohnungslose. Manche nennen das Wohnen futuristisch, ich nenne es barbarisch.

Wohnungen sind ein langfristiges Wirtschaftsgut mit einer Lebensdauer von 80 Jahren und mehr. Containersiedlungen werden hip und kaschieren eine desolante Wohnungspolitik, die die neoliberale Marktradikalität seit nunmehr 30 Jahren gebiert.

Containersiedlungen werden hip und kaschieren eine desolante Wohnungspolitik



©Foto: by Huskyherz, pixabay, CC0

¹⁰ Siehe Stern vom 12.3.2015, S. 21

In den Niederlanden tauchten die „Spaceboxes“ aus Schiffscontainern seit 2003 in Amsterdam auf und gelten nun seit 2006 fertiggestellt mit 1000 Stück als größtes Containerdorf der Welt. Diese Container sind 30 m² groß und kosten 380 Euro netto kalt, kein billiges Vergnügen für Studenten, für die sie gedacht sind. In Berlin verfolgt man ein ähnliches Projekt.

In San Francisco will der 32-jähriger Startup-Berater Luke Isman das Wohnen in 20-Fuß Containern (entspricht etwa 6m²) zu einem Hype machen. Er selbst kann sich die teuren Mieten in San Francisco und dem nahen Silikon Valley nicht leisten. Die Durchschnittsmiete für ein Schlaf- und Wohnzimmer Appartement beträgt 3.500 Dollar. So siedeln Künstler, Software Ingenieure und Leute aus der Tech-Branche in einer Lagerhalle in der East Bay von Frisco, teilen sich Werkstatt und Toiletten und ihren 16 stählernen Frachtcontainern mit Fenstern, kleiner Veranda, Duschzelle und Miniküche, Schlaf- und Wohnraum mit Hochbett und schwärmen-notgedrungen- vom Mikro Lebensstil. Andere wohnen in Segelbooten, abwechselnd bei Freunden oder in ihrem Auto.¹¹

Der Markt ist findig und sieht etliche Verwertungschancen mit hoher Rendite vor. In Berlin ist der Anteil der Wohnungen unter 6 Euro/qm bei den Nettokaltmieten in den letzten fünf Jahren von 56% auf nur noch 14% gesunken.

Ein Team von Sozialwissenschaftlern um Andrej Holm an der HU- Berlin hat eine Untersuchung zum Thema Zwangsräumungen in Berlin¹² veröffentlicht und kommt zum Ergebnis, dass Zwangsräumungen und erzwungene Umzüge ein Massenphänomen sind, und das Hilfesystem versagt. Im Zeitraum von 2009 bis 2012 gab es jährlich 9000 Räumungsklagen, bei zwei Dritteln kam es zu Räumungsmitteilungen, beim Rest zu erzwungenen Umzügen.¹³

Nun plant man „Nissenhütten“ als Notunterkünfte mit Zweibettzimmern von 15qm mit einer Etagen-Dusche für 15 Personen für die wachsende Zahl der Flüchtlinge in Containerdörfern, die man von außen ge-

fällig bunt streicht. Bauherr ist die Behörde in Berlin, die 42,7 Millionen Euro investiert, Betreiber sind freie Träger, wie der Internationale Bund, die kräftig dabei kassieren. Gerne liegen diese Container Dörfer am Stadtrand. Die strukturellen Probleme des deutschen Wohnungsmarktes erlauben es heute, dass private Unternehmen aus der Flüchtlingslage Profit schlagen.

Ein Asylbewerber bringt bis zu 40 Euro am Tag ein, wenn es schlecht läuft nur 10 Euro

Demnächst werden sie vielleicht für Harzt IV Empfänger benötigt, die ihre Mieten nicht mehr vom Jobcenter bezahlt bekommen, da billiger Wohnraum fehlt. Die neuen Favelas für Europa sind abzusehen. Die Symptome werden gesehen, die Ursachen nicht bekämpft. Der Markt hat noch immer neue Ideen, ehe das System den Bach vollends heruntergeht.

¹¹ Barbara Munker: Container als Utopie im Tagesspiegel vom 9.1.2016

¹² <https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrebereiche/stadtsoz/forschung/projekte/studie-zr-web.pdf>

¹³ Siehe auch: Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems von Stefan Hernadi in Mieterecho 375 vom Juli 2015, S. 4

In Berlin verlieren jedes Jahr ungefähr 10.000 Menschen ihre Wohnung durch Zwangsräumung, das sind 25% mehr als vor nur drei Jahren, da sie die Mieten nicht mehr zahlen können. Der Stadtsoziologe Andrej Holm stellt mit seinen Kollegen an der Humboldt Universität in seiner Studie zu den „Zwangsräumungen in Berlin und der Krise des Hilfesystems“ fest, dass die Ökonomisierung des Hilfesystems ihr eigenes Scheitern beinhaltet, da wohnungswirtschaftliche Erträge gesichert werden, statt sich in den Dienst der in Not geratenen Bürger zu stellen. Von dieser Lage profitieren die Wohnheimanbieter, die bei 24 Euro Übernachtungsgeld erstattliche Profite erzielen. Auch Hostels und Ferienwohnungen werden schon mal für Obdachlose gebucht, statt die ausgefallenen Mietkosten von den Ämtern zu übernehmen. Man schätzt den Anteil der alleinerziehenden Frauen auf 30 % und mit ihnen 2500 Kinder, die jährlich in „Obdachern“ untergebracht werden.¹⁴ Mietschuldner ziehen sich heute übrigens durch alle Gesellschaftsschichten. Das Klischee vom Säufer, Langzeitarbeitslosen und sozial Schwachen stimmt nicht mehr.



©Grafik: by geralt, pixabay; CC0

Für Obdachlose und Flüchtlinge werden zusätzlich Traglufthallen zur Verfügung gestellt.¹⁵ Das ist übrigens ein blühendes Geschäft für Private, die sich als Gutmenschen tarnen. Ein Asylbewerber, dem er eine Massenunterkunft bietet, z.B. bringt bis zu 40 Euro am Tag ein, wenn es schlecht läuft nur 10 Euro.

Das unmögliche Möbelhaus aus Schweden ist wieder einmal besonders findig und hat ein Haus zum Selbstbasteln entwickelt. Es soll 800 Euro kosten, drei Jahre halten und auf 17 Quadratmetern 5 Personen Platz bieten. 10.000 sind bereits produziert, 30.000 sollen nach Syrien geliefert werden und sicher weltweit ihren Markt finden, einen Bombengeschäft.¹⁶ Auf jedes Beispiel einer fruchtbaren Deregulierung kommt eines zerstörerischer Kommerzialisierung.

Der Kanton Aargau in der Schweiz testet gerade die Flüchtlingshäuser des Möbelgiganten. Die Schweiz hat keine Unterbringungsschwierigkeiten, rechnet für 2015 mit rund 30.000 Asylbewerbern.¹⁷

¹⁴ Siehe auch: Kinder in Wohnungsnot von Ralf Schönball im Tagesspiegel vom 24.4.2015

¹⁵ Siehe Mieterecho 372 vom Februar 2015, Christian Linde: Von der Wohnung zur Unterkunft und Jutta Blume: Leben in der Box

¹⁶ <https://www.tagesschau.de/ausland/ikea-101.html> vom 30.3.2015

¹⁷ Jan Dirk Herbermann: Die Verfechter der Abschottung im Tagesspiegel vom 16.10.2015

In Deutschland stehen schätzungsweise 2 Millionen Wohnungen leer bei einem Bestand von 40,5 Millionen Mietwohnungen laut dem deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW).¹⁸ In Goslar wirbt der CDU Bürgermeister für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien in seiner Stadt, da jede 10. Wohnung frei stünde und die Einwohnerzahl stetig sinke. 4.000 Menschen hat die 50.000-Einwohner-Stadt allein in den vergangenen zehn Jahren verloren. Jährlich sind das immer noch etwa 200 Menschen.

In Deutschland stehen schätzungsweise 2 Millionen Wohnungen leer



©Foto: Norbert Lorenz/ www.pixelio.de

viele Flüchtlinge eine Kommune aufnehmen muss. Kurz gesagt: je größer eine Stadt, desto mehr Flüchtlinge.“¹⁹

Manche nennen das konservativen Populismus, andere halten den Vorschlag für umsetzungswürdig und richtig. Obwohl die Kanzlerin sich zu den Flüchtlingen bekennt, sich fast täglich vor Flüchtlingseinrichtungen oder Willkommensklassen sehen lässt, Flüchtlinge die an sie verteilten Bilder der „Mutter der Nation“ (im Zweifel von der weltweit agierenden

„Im benachbarten Göttingen haben sie das gegenteilige Problem. Die Stadt quillt über vor Menschen. Weil sie keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen kann, hat die Verwaltung öffentlich um Hilfe gerufen. Das war der entscheidende Grund für Junks Angebot. "Es ist doch absurd, dass sie in Göttingen neue Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge bauen müssen, während hier leer stehende Wohnungen verrotten", sagt er. Junk findet, ein wohlhabendes Land wie Deutschland habe eine Verpflichtung zu helfen – und sei dazu auch in der Lage: "Unser Land kann 200.000 Flüchtlinge aufnehmen und gut unterbringen." Und zwar mitten in der Gesellschaft, in Wohnungen mit einer Nachbarschaft anstatt am Rand in Kasernen und Containern. Deshalb leuchtet Junk auch nicht ein, warum die Behörden starr an einem Verteilungsschlüssel festhalten, der längst an der Wirklichkeit gescheitert sei. Einwohnerzahl und Pro-Kopf-Steuererwerb entscheiden darüber, wie

¹⁸ Auf nach Brandenburg von Sarah Kramer im Tagesspiegel vom 21.2.2016

¹⁹ <http://www.zeit.de/2014/49/fluechtlinge-goslar-buergermeister> von Dagmar Rosenfeld in Zeit-online vom 27.11.2014

rührigen Adenauer Stiftung) hochhalten, Selfies schießen, ihre Neugeborenen Angela nennen, weiß man, mit dem Thema gewinnt man keine Wahlen. Das auf 30 Prozent geschätzte rechtsradikale Potential in Deutschland agiert immer unverfrorener und zunehmend gewalttätig: Fast 14.000 rechtsextreme Anschläge, jeden Tag vier Anschläge auf Asylbewerberheime.²⁰ Biedermänner werden zu Brandstiftern.

Andere Länder eilen voraus mit kruden Ideen. Dänemark grenzt „schwierige Mieter“ und siedelt Obdachlose in Containern an, um ihre Drogenprobleme in den Griff zu bekommen. In den Niederlanden läuft jemand, der seine Nachbarn einschüchtert, belästigt oder bedroht, Gefahr in Container am Stadtrand umgesiedelt zu werden, wo sie unter der Kuratel von Sozialarbeitern zur Einsicht kommen sollen. Das Projekt läuft in sieben niederländischen Städten und soll expandieren.²¹

In Polen läuft das Programm seit Jahren für Mieter, die ihre Miete nicht mehr zahlen können. In den USA leben die Menschen, die ihre Wohnungen und Häuser nicht mehr bezahlen können in ihren Autos oder in endlosen Trailer Siedlungen.

In Deutschland gibt man sich sozial. Mitte 2015 soll die Mietpreisbremse den Spielraum für Mieterhöhungen begrenzen. Damit sollen Ballungsgebiete entlastet werden. Es scheint ganz einfach: Wer eine Wohnung neu vermietet, darf maximal zehn Prozent mehr Miete verlangen, als am Markt sonst üblich. Bei Neubauten gilt die Regelung nicht. Sind Altbauten heute schon teurer vermietet, gilt die Kappungsgrenze ebenfalls nicht. Saniert der Eigentümer die Wohnung so gründlich und investiert dabei ein Drittel der Kosten, die für einen Neubau anfallen würden, gilt auch hier die Mietpreisbremse nicht. Energetische Modernisierungen gehören schon heute zu den größten Mietpreistreibern und sind gerade in Altbauten durchaus umstritten.

Den Makler soll künftig bezahlen, wer ihn beauftragt hat. Das findige Gewerbe bereitet sich schon intensiv auf die Änderung vor. Künftig werden weniger Wohnungsanzeigen über große Internetportale geschaltet, sondern werden über einen Pool geschaltet, der nur Maklern zugänglich ist. Schon muss sich der Wohnungssuchende an einen Makler wenden, um etwas zu finden, und die Branche ist aus dem Schneider. In Berlin liegen die Mieten vieler

**Biedermänner werden
zu Brandstiftern**

**Andere Länder eilen
voraus mit kruden Ideen**

**In Deutschland gibt
man sich sozial**

²⁰ <http://www.n-tv.de/politik/Anzahl-rechter-Straftaten-explodiert-article16972911.html> vom 11.2.2016

²¹ dasselbe Jutta Blume: Leben in der Box

sofort vermietbaren Wohnungen wegen der großen Nachfrage schon jetzt doppelt so hoch wie der laut Mietspiegel ortsüblichen.

In Wien ist man im kommunalen Wohnungsbau in den Zwischenkriegszeiten des letzten Jahrhunderts andere Wege gegangen, wie auch in Amsterdam und Berlin. Wien begreift seinen sozialen Wohnungsbau bis heute universell, nicht ausschließlich für die benachteiligte Bevölkerung. So leben drei von fünf Wienern in einer öffentlich unterstützten Wohnung, von denen 220.00 der Stadt selbst gehören. Die Stadt Wien verfügt über 2,3 Millionen Quadratmeter Boden und kauft ständig potentiell Bauland hinzu. Bis 2016 werden 700 Millionen Euro für eine Sanierungsoffensive eingesetzt und damit 7000 Arbeitsplätze gesichert. Die öffentlich geförderten Wohnungen findet man im gesamten Stadtbereich und sollen für eine soziale Durchmischung sorgen.²²

In Spanien macht der öffentliche Wohnungsbau nur 1 Prozent aus. Dafür belaufen sich die leer stehenden Wohnungen auf 3,5 Millionen und es gibt die meisten Zwangsräumungen in Europa. In Katalonien gibt es zahlreiche Initiativen, die Wohnungen besetzen. Außerdem gibt es eine Gesetzesinitiative, die Zwangsräumungen einschränken soll und leer stehende Wohnungen von Banken temporär enteignen kann.²³

Nur wenn wir für menschenwürdige Wohnverhältnisse sorgen, werden wir den sozialen Sprengstoff, der vor sich hin gärt, entschärfen. Das sind Vokabeln aus dem Krieg, der auch hier droht. Dabei sind die Flüchtlinge nur eine Erscheinungsform eines Symptoms, das seit Jahren vor sich hin gärt und fokussieren das Übel.



Über die Autorin

Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen. Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): Randnotizen aus der 2. deutschen Republik. Kindle Edition

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com

²² Zwischen Stolz und Scham: Wieviel „freien“ Wettbewerb verträgt der soziale Wohnungsbau in Europa von Michaela Kauer im MieterEcho 376, September 2015 S.10

²³ „Der Staat braucht ein breites Kontingent an Wohnungen, um auf soziale Notwendigkeiten reagieren zu können.“ In Spanien greifen Basisbewegungen erfolgreich in die Wohnungskrise ein. Interview mit Eduard Baches und Carlos Macias im MieterEcho 376 vom September 2015, S. 12f